



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrngasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSITZUNG vom 15. und 16.03.2017

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 107 Versetzungen beschlossen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 47 Planstellenbesetzungen beschlossen

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

Fachausschuss Oberösterreich

Antrag auf Aufhebung der Zuteilungen von E2a-Beamten zu den BPK/SKP im Bereich der LPD Oberösterreich, im Zusammenhang mit dem Projekt „Gemeinsam Sicher“

Antrag auf Änderung der Auswahlpraxis für Seminarunterkünfte, um im Zusammenhang mit den sogenannten „Seminarpauschalen“ künftig eine finanzielle Eigenbelastung der Kollegenschaft hintanzuhalten

Fachausschuss Kärnten

Antrag auf Ausstattung der Sicherheitskoordinatoren und -beauftragten mit dem entsprechenden Equipment (BAKS-Geräten, Fahrzeugen und Mobiltelefonen), damit diese nicht von den PI's abgezogen werden → Berücksichtigung bei den Gesamtverhandlungen zu Gemeinsam.Sicher

Antrag auf Ausstattung mit CO-Warngeräten zur Sicherheit der ersteintreffenden Kollegenschaft

Fachausschuss Steiermark

Antrag auf Erhöhung der E2b-Zulage und Änderung der Anspruchsberechtigung



Antrag auf Anhebung der Bewertung für Kommandanten kleiner Inspektionen auf die Funktionsgruppe 5 und Stellvertreter in die Funktionsgruppe 4

Fachausschuss Salzburg

Antrag auf ergänzende Ausbildung von Vertragsbediensteten für die Verwendung im grenz- und fremdenpolizeilichen Bereich, bereits ab dem Frühjahr 2017, damit die Lücke zwischen Personal-Soll- und Iststand früher geschlossen werden kann und sich die Belastungen aller Bediensteten reduzieren – Erweiterung durch ZA betreffend Durchführung eines Beratungsgespräches

FSG im Zentrallausschuss

Antrag auf inhaltliche Erläuterung der vom Herrn Bundesminister für Inneres präsentierten „Sicherheitsdoktrin des BM.I für Österreich 2017 bis 2020“

Neuerlicher Antrag auf Fortsetzung der Bachelor-Nachholaufbahn für Polizeioffiziere auch 2017

Antrag auf Weiterzahlung von pauschalierten Nebengebühren bei vorzeitigem Mutterschutz

Antwortschreiben

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der KDEÖ-FCG im ZA betreffend Verpflegung der GSOD-Kräfte durch den Dienstgeber

Eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema wurde eingerichtet. Gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse wird das Ziel verfolgt, durch strukturierte und vorausschauende Maßnahmen im Bereich der Verpflegung, sowohl die Durchhaltefähigkeit zu erhöhen, als auch eine standardisierte, österreichweit einheitliche Versorgung der eingesetzten Kräfte mit Getränken und Lebensmitteln sicherzustellen. Ein Konzept wurde bereits erarbeitet, wobei eine Umsetzung des Projektes mit Sommer 2017 beabsichtigt ist.

BM.I: Antwortschreiben zu den Anträgen des Fachausschuss Kärnten um Aufsystemisierung der Kriminalreferate bei den SPK Klagenfurt und Villach für Tatortspurensicherer und Bezirksdatenermittler

Um etwaigen Maßnahmen zustimmen zu können, ist eine genaue Prüfung der Notwendigkeit, der Dimension und der Bedeckung erforderlich. Über den Ausgang der Prüfung wird dem Zentrallausschuss berichtet werden.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Wien auf Änderung des DIMA 05 Punkt 2.1.8 betreffend Ruhezeit zwischen Plandiensten/Überstundendiensten

Es wird seitens des BM.I darauf hingewiesen, dass sämtliche im DiMa05 vorgesehenen Ruhezeiten auch für vorgeplante MDL-Dienste gelten. Bei ad-hoc Überstunden ist ein Unterschreiten der normierten Ruhezeiten möglich.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss bei der LPD Steiermark auf Aufnahme von TT Warrior Belt MK III in den Bekleidungswirtschaftsfond

Der derzeit verwendete Funktionsgürtel, der übrigens auch von Polizeibehörden anderer Staaten eingesetzt wird, erfüllt sämtliche Ansprüche und Voraussetzungen für den exe-

kutiven Außendienst. Durch den angeführten Funktionsgürtel würde nicht nur das äußere Erscheinungsbild beeinträchtigt, sondern würden diese auch zusätzliche Angriffsflächen beim Gurtträger bieten.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss bei der LPD Oberösterreich auf Budgetmittelanweisung für den Ankauf von LED-Taschenlampen

Es wird mitgeteilt, dass durch die LPD OÖ für 2016 insgesamt 504 Stück LED-Taschenlampen mittels E-Shop der Bundesbeschaffung GmbH abgerufen wurden. Für das Jahr 2017 kann ein Bedarf von insgesamt 1800 Stück im Zuge des Abrufes geltend gemacht werden.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss bei der LPD Wien auf fixe Betrauung der Funktionsträger mit E2a-Planstellen analog der Bewertung anderer „stehender Einheiten“ der LPD Wien

Bei einem Gespräch am 10.11.2016 wurde zwischen dem BM.I und der LPD Wien in beiderseitigem Einverständnis beschlossen, nur den Teil der BE-Wien zu beantragen. Auch über die Anzahl und Qualitäten der zu beantragenden Arbeitsplätze wurde weitestgehend Einigung erzielt. Der gegenständliche Antrag liegt derzeit beim Bundeskanzleramt und konnte dort auf Grund einer Vielzahl vorliegender Anträge noch nicht final bearbeitet werden.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Salzburg betreffend Aufhebung des Aufnahmestopps für VB in den Fachbereichen LA3 und LA4 bei der LPD Salzburg

Der mit 1. April 2012 beschlossene Aufnahmestopp für den Bereich der Verwaltung ist bereits mit 31.12.2014 abgelaufen.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der FSG im Zentralausschuss beim BM.I betreffend Dienststellenstrukturkonzept 2014 – Auslaufen der Wahrung gemäß § 113e GG 1956

Zu der gegenständlichen Forderung wird mitgeteilt, dass bei Nachbesetzungen freier Arbeitsplätze bereits bisher nach Möglichkeit auf Bedienstete, die als Folge der Umsetzung des Dienststellenstrukturkonzeptes 2014 unter die Bestimmung des § 113e Gehaltsgesetz fallen, entsprechend Bedacht genommen wird. Der geforderten Ausdehnung der Geltungsdauer der mit § 113e Gehaltsgesetz bewirkten Wahrung bis zum Zeitpunkt der Betrauung mit einem zumindest der ursprünglichen Bewertung entsprechenden Arbeitsplatz kann aus grundsätzlichen Erwägungen nicht nähergetreten werden, da die derzeitige Regelung mit drei Jahren als ausreichend erachtet wird. In diesem Zusammenhang darf auch auf die Ergänzungszulagenregelung des § 77 GehG, die eine Abfederung um weitere 3 Jahre gewährleistet, hingewiesen werden. – Diesbezüglich erfolgte ein Antrag durch den Zentralausschuss, ob eine entsprechende Maßnahme beim Bundeskanzleramt durch den Dienstgeber auch beantragt worden ist.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der AUF im Zentralausschuss betreffend Verhandlungen mit dem BM.I zur Neufestsetzung der pauschalierten Aufwandsentschädigung gem. § 20 Gehaltsgesetz

Dem gegenständlichen Antrag auf Valorisierung der pauschalierten Aufwandsentschädigung kann in Anbetracht der damit verbundenen beträchtlichen Mehrkosten nicht nähergetreten werden.

Information zum Thema „GEMEINSAM.SICHER“

Die nächste Verhandlungsrunde zwischen dem Dienstgeber und dem Zentralausschuss zu dieser Thematik findet am 24.03.2017 statt.



Wichtiger Hinweis für Bewerber für den GAL E2a/2017

Voraussetzung zur Zulassung ist die korrekte und erfolgreiche
Online-Anmeldung via .SIAK – Campus im Zeitraum von
Montag 20.03. 2017 ab 00.00 Uhr bis Freitag 31.03.2017, 13.00 Uhr.

Die Online-Anmeldung liegt ausschließlich im Verantwortungsbereich der Bewerberinnen
und Bewerber und ist für die Zulassung unbedingt erforderlich!!!!

Für eine einmalige Einsichtnahme in die eigene Auswahlprüfungsarbeit kann man sich unter
der Mailadresse des betreffenden Bildungszentrums im Zeitraum von
17.04.2017 – 28.04.2017 (13.00 Uhr)
anmelden.

Die im jeweiligen BZ tatsächlich möglichen Termine sowie die E-Mail-Adressen sind ab
24.03.2017 dem MERKBLATT/Einsichtnahme am .SIAK/Campus zu entnehmen (zu finden
unter: *Startseite* → *Aktuelle Nachrichten* unter „EINSICHTNAHME – GAL-E2a/2017 AWP 1.
Teil/Fachteil)

Schadensfälle:

Am 21.02.2016 wurden 34 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt.
Die Ergebnisse wurde den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 254 eingehende
Schriftstücke behandelt.

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN
Vorsitzender

Hermann WALLY
Vorsitzender Stv.

Dietmar HEBENSTREIT
Vorsitzender Stv.

